Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 2

Artikel: Sparen am falschen Ort
Autor: Kerr, Katharina
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341081

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sparen am falschen Ort

Sparen scheint in der Schweiz ein Wert an sich zu sein. Wer hier aufwächst und sozialisiert wird, trägt diesen Wert lebenslang verinnerlicht mit sich herum. Wäre es doch das Sparen als jene Lebenskunst, mit wenig über die Runden zu kommen! Es ist

Katharina Kerr

aber anders: eine Variante der Verhärtung, lustvolle finanzielle Selbstkasteiung, ökonomische Magersucht.[1] Dahinter steht als Ziel der wachsende individuelle Wohlstand, das Polster für schlechte Zeiten. So haben wir das gelernt, und so schien es in einer Wirtschaft, die trotz kurzfristiger systemimmanenter Krisen dank einem weitgehend unbestrittenen Keynesianismus[2] immer wieder aufwärts ging, zu stimmen. Wer nicht sparte, hatte entweder auch ohne Sparen genug (oder zuviel) — oder viel zu wenig wie die Arbeiterinnen bei Ludwig Hohl, diese eindrücklichen „verschwendenden Armen", die „eben die Hälfte von dem verdienten, was nötig ist, um in bescheidener Weise menschlich zu existieren" und deshalb auch nicht sparen mochten.[3] Wer sich verschuldete, war selber schuld, war, systemerhaltend, angenehmen Verlockungen erlegen. So war es. So ist es nicht mehr.

[1] „Perverse Lust" nennt das Christoph Kuhn in „Unkultur der Sparkultur", Tages-Anzeiger, 11.1.94. Und „Spare muess weh tue!" verkündet folgerichtig, wenn auch etwas gar offenherzig ein Grossrat, SVP-Mitglied und im Holzgeschäft tätig, in der aargauischen Staatsrechnungskommission anlässlich der Budgetdiskussion 1994.

[2] Vgl. dazu: Bauer/Bauman: Ist John Maynard unser Steuermann. Rote Revue 1/93, Degen: Zur Geschichte der Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Widerspruch 25, Juni 93; Gaillard/Müller: Konjunkturelle und Strukturelle Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Widerspruch 25, Juni 93; Res Strehle: Warum lässt sich der Staat lumpen? WochenZeitung 1/93.

[3] Ludwig Hohl: Von den verschwendenden Armen oder an eine Richterin (1964). In: Nuancen und Details, Frankfurt a.M. 1982.

Geblieben sind verinnerlichte Werte, sie sind zu hinderlichen Altlasten geworden: Wo, je nach Studie, zwischen zehn und dreissig Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, wo — geschätzte — 150'000 bis 200'000 Personen Sozialhilfe beziehen, wo die Bankzinsen purzeln und das grössere Geld an der Börse verdient, nicht erspart wird, muss das private Kleinsparen sich in Grenzen halten. Und doch gilt noch zu oft die Meinung — Altlast —, wer arm sei, sei selber schuld.

Wer aber nicht gespart hat in konjunkturell guten Zeiten, waren die öffentlichen Hände. Da wurden fröhlich Steuern gesenkt und daneben öffentliche Aufgaben vor allem in den Bereichen Bau und Infrastruktur späteren Generationen überlassen. Arbeitsbeschaffungsreserven, jene nötigen Polster für konjunkturschwache Zeiten, wurden nur in vereinzelten Kantonen angelegt, so im Kanton Basel-Landschaft, welcher diese Reserve seit den achtziger Jahren akkumuliert hat.

Als aber immer offensichtlicher wurde, dass zur Überwindung des Rezessionstiefs zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand nötig waren, fehlten vielerorts die Reserven oder waren nicht im genügenden Ausmass vorhanden. Eine aus Gründen der antizyklischen Politik vertretbare Verschuldung wurde auch meist abgelehnt, sei es, weil man unzulässigerweise öffentliches mit privatem Sparen verwechselte, sei es, weil man einem neoklassischen Ökonomieverständnis anhing. Und schon begann die Sparbegehrlichkeit.

Die bürgerlichen Litaneien von Wunschbedarf und Notwendigkeit taten vorläufig erst in den Ohren weh, wenn sie bei jeder Budget- und Rechnungsdebatte halbjähr-

lich erklangen. Das später verhängnisvolle Sparen am falschen Ort wurde da aber bereits angebahnt. Heute hat diese Haltung zu krassen Einkommensunterschieden und zu einem gefährlich destabilisierenden Sozialabbau mit Vermögensumverteilungen der höheren Art geführt: heute verfügen knapp acht Prozent der Steuerzahlenden über 58 Prozent des verfügbaren Vermögens in der Schweiz, davon besitzen die reichsten 2 Prozent 42 Prozent dieses Geldes, das im Jahr 1991 offiziell auf 530 Milliarden Franken beziffert wurde (eidg. Vermögensstatistik).[4] Der Sozialabbau fand vor allem im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzvernichtung statt. Gleichzeitig wurden in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst fast überall Teuerungszulagen und andere, bisher lohnintegrierte Dienstzulagen gestrichen oder reduziert, im günstigsten Fall mit einer sozialen Abfederung zugunsten der kleinen Einkommen.[5] Damit wurde die Kaufkraft vermindert und die Konjunktur auch von dieser Seite zusätzlich gebremst.

Wenn wir uns von der Frage „wie verändert Finanzpolitik die sozialen Strukturen?" leiten lassen und wenn wir weiter an der — ökologisch modifizierten — antizyklisch wirksamen Investitionslehre gemäss Keynes festhalten, so ist Sparen am falschen Ort jenes Sparen, das grössere Folgekosten im finanziellen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich auslöst. Wenn wir konkrete „falsche" Sparmassnahmen der letzten Zeit Revue passieren lassen, so zeigt sich bald: das Thema ist unerschöpflich, und die Liste wird lang und länger. Typisch und aktuell sind Massnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Stellenumlagerungen.

[4] Heinz Roland: Das grosse Umverteilen. WochenZeitung v.4.3.94 und Daniel Wiener: Die grosse Umverteilung. Brükkenbauer v. 2.3.94.

[5] Erhebung des Verbands des Personals der öffentlichen Dienste VPOD: Sparübungen im VPOD-Organisationsbereich. Dezember 1993.

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) hat von einer verbandsinternen Arbeitsgruppe „Sparmassnahmen" eine Umfrage zu den für 1994 beschlossenen Sparmassnahmen im deutschschweizerischen Volksschulwesen erarbeiten lassen. Die eindrückliche Liste, welche Anstellungsbedingungen, Lehreraus- und -fortbildung, Klassengrössen, Stellenbewirtschaftung, Lehrmittel, Schulanlagen und -einrichtungen, Schulversuche, Stützunterricht, Freifächer, Betreuung, Transporte und weitere Massnahmen aufführt, umfasst neun engbedruckte Seiten. Generell ist dazu festzuhalten: Die Klassengrössen steigen in zwölf von sechzehn antwortenden Kantonen, Stellen werden eingefroren (Aargau) oder abgebaut (im Kanton Bern 200). Im Aargau werden die Klassengrössen die gesetzliche Höchstzahl von 28 in der Unter- und von 25 in der Oberstufe wohl doch „auf die Dauer" (Schulgesetz Art. 14) überschreiten müssen, auch wenn sie nicht dürften. Bedenklich ist auch der Abbau im Stützunterricht: In den Kantonen Luzern und Fribourg wurden solche Angebote eingeschränkt oder gestrichen. Das alles werde das Leistungsniveau senken und Kinder aus schwierigen Verhältnissen wie auch überdurchschnittlich begabte Jugendliche benachteiligen, schreibt der Verband. Auch würden „die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten dieses Sparkurses im Bildungswesen die Schweiz bald sehr viel teurer zu stehen kommen".

Im Sozialbereich Tätige stellen fest — eine schweizerische Statistik mit genauen Zahlen fehlt —, dass immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Anstatt aber, wie der Geschäftsführer der schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF) verlangt, die Anstrengungen weg vom reinen Rentenverteilen zugunsten der sozialen Integration zu verstärken, werden Sozialdienste nicht ausgebaut, sondern die Stellen eingefroren (Bern) oder abgebaut (Zürich). Die Folge:

Sparen ist eine Variante der Verhärtung, lustvolle finanzielle Selbstkasteiung, ökonomische Magersucht

Sparen am falschen Ort ist jenes Sparen, das grössere Folgekosten im finanziellen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich auslöst

Die KlientInnen werden mehr abgefertigt als beraten. Auch in bezug auf die SKöF-Richtlinien, deren Minimalansätze bisher in der Sozialhilfe allgemein anerkannt waren, stellt die SKöF fest, dass die Gemeinden zunehmend versuchen, tiefere Ansätze anzuwenden. Obwohl Rekurse dagegen bisher von den Kantonen und Gerichten gestützt wurden, geht der Abbau weiter: einerseits wagen nur wenige Betroffene einen Rekurs, andererseits sind vor allem kleinere Gemeinden im Sozialbereich nach dem Milizsystem und entsprechend unprofessionell organisiert. Armut aber wird zum sozialen und politischen Pulverfass.

Sparübungen mit Stellenplafonierung können zum spielerischen Umgang mit Kostensenkungen verleiten. Überall wo Niedriglohn-Dienstleistungen aus öffentlichen Stellenplänen ausgelagert, das heisst privatisiert werden, ist sozial- und finanzpolitisch Vorsicht geboten. Die Arbeitsbedingungen der Putzfrauen, Wäschereiangestellten oder Strassenwischer sind beim privaten Arbeitgeber nie besser, sondern meist nachweislich schlechter. Die Dienstleistung, nötig wie vor der Privatisierung, bleibt im öffentlichen Budget und wird selten billiger. Und die „gestrichenen" Stellen werden häufig umgelagert, das heisst in anderen, personalkostenintensiveren Bereichen besetzt. So geschehen im Kanton Aargau, wo im Herbst 1993 31 Putzfrauenstellen in der psychiatrischen Klinik Königsfelden „privatisiert" und sechs davon in die Drogenbetreuung verlagert wurden. Dies brachte dem Putzpersonal schlechtere Arbeitsbedingungen und dem Kanton per Saldo jährlich 678'500 Franken Mehrkosten aus den umgelegten Stellen. Gewinner ist der private Arbeitgeber.

In Zeiten allgemeiner Sparwut lässt sich aber manchmal auch das regionalsolidarische Gewissen aktivieren: So ist es dem Kanton Basel Stadt, der ein Defizit von fast 300 Millionen Franken (1993) auf 247 Millionen (1994) drücken wollte, gelungen, einzelne Staatsverträge im Hochschul- und Spitalbereich mit höheren Erträgen abzuschliessen. Allerdings ging es auch in Basel nicht ohne Sparen und Kostenverlagerungen an die nächst untere Stelle: so wurden Krankenkassenbeiträge, Tagesmütterzusätze und Beiträge an die Kinderbetreuung gekürzt. Ob diese Kosten durch private Beiträge aufgefangen werden, ist ungewiss.

P.S: Im Aargauer Grossen Rat ist ein Postulat hängig, das für knappe 70'000 Franken die dringend nötige Asbestsanierung im Sitzungssaal des Rates verlangt. Aller Voraussicht nach werden Regierung und Parlament dieses Postulat nicht überweisen - aus Kostengründen. Sparen geht über Gesundheit...

Katharina Kerr ist Mitglied der Redaktion der Roten Revue, SP-Grossrätin und Mitglied der Staatsrechnungskommission.